

Gerlinde Lorenz: „Leitstern“ Sozialismus. Die politische Biografie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875-1950) und seines Sohnes Otto (1900-1972), Klartext Verlag, Essen 2010. 432 p. (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen. Schriftenreihe A, Darstellungen. 46). – ISBN 978-3-8375-0412-5.

Ottokar Luban, Berlin, Germany

Der aus der Umgebung von Remscheid stammende und dort auch politisch verwurzelte Arbeiterführer Otto Braß spielte eine nicht unbedeutende Rolle in der USPD während der Vereinigung mit der KPD sowie 1921/22 im Sinne Paul Levis für die Bewahrung einer größeren Eigenständigkeit der KPD gegenüber der Komintern. Nach 1933 war er führendes Mitglied der sozialdemokratischen Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront“ und nach 1945 Mitvorsitzender des Gründungsausschusses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, um nur beispielhaft einige wichtige Stationen seiner Laufbahn anzuführen. Sein Leben ist bisher nur in Kurzbiografien dargestellt worden, so dass der Politiker und Mensch Otto Braß bei der Erwähnung in verschiedenen Monografien und gedruckten Protokollen immer nur blass geblieben ist.

Hier schafft die Historikerin Gerlinde Lorenz Abhilfe mit einer umfangreichen, quellenmäßig gut fundierten Doppelbiografie, in die das Schicksal des ebenfalls (wenn auch nur auf unterster Ebene) politisch aktiven Sohnes einbezogen ist. Anders als der Titel suggeriert, sind die Biografien keinesfalls auf das Politische beschränkt, sondern es erfolgt gleichzeitig eine umfassende Darstellung der beiden Privatmenschen, ihrer Familien und ihres sozialen Umfeldes. Lorenz erreicht damit ihr Ziel, „die individualisierende Beschreibung der Lebensläufe der Protagonisten unter steter Rückkoppelung mit den sie umgebenden politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen“ zu verknüpfen (S. 15).

Braß senior zeigte schon als ganz junger Mensch eine intensive berufliche und politische Motivation. In dem hoch angesehenen Beruf des Feilenhauers machte er nicht nur die Gesellenprüfung, sondern schloss auch die Meisterprüfung ab. Im örtlichen sozialdemokratisch orientierten Berufsverband wurde er bereits als 23jähriger zum Vorsitzenden gewählt. Als Mitglied des Remscheider SPD-Vorstandes ab 1899 und der Bezirksleitung ab 1902, als Mitbegründer und ab 1905 Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Remscheider Arbeiterzeitung“ mit 5000 Abonnenten (ab Mitte 1917 USPD-Organ „Bergische Volksstimme“) gehörte er nach zeitgenössischen Zeugnissen spätestens ab 1912 zur Führung der Sozialdemokratie in Remscheid. Dieser berufliche und politische Aufstieg ist offensichtlich Braßs persönlicher Dynamik zuschreiben und nicht etwa einer berechnenden opportunistischen Haltung, wie Lorenz – m. E. zu Unrecht – andeutet (S. 35).

Für die Zeit des Ersten Weltkrieges arbeitet Lorenz den Anteil von Braß und der Remscheider Organisation an der Opposition innerhalb der Partei bzw. an der Antikriegsarbeit der USPD heraus. Sowohl Remscheid, als auch der SPD-Bezirk Niederrhein und mit ihm Braß gehörten sowohl vor wie nach Kriegsausbruch zum linken Flügel. Die Remscheider Wahlkreisorganisation ging bei der Parteispaltung im April 1917 fast geschlossen zur neu gegründeten USPD über, auch ein großer Teil des Bezirks Niederrhein, bei dem Braß 1917 den Vorsitz übernahm. Ungenau bleibt Lorenz bei ihren Aussagen zu Braßs revolutionären Aktivitäten in den letzten eininhalb Kriegsjahren. Einerseits weist sie mit einem Zitat Georg Ledebours auf die Verbindung von Braß zu den oppositionellen Betriebsvertrauensleuten der Metallgewerkschaft in Berlin („revolutionäre Obleute“) und

ihrem informellen Anführer Richard Müller hin, die – wie Lorenz ebenfalls kurz beschreibt – die Hauptträger des reichsweiten Munitionsarbeiterstreiks im Januar/Februar 1918 waren. Jedoch unterlässt die Autorin jeden Erklärungsversuch für das Ausbleiben einer Streikbeteiligung Remscheids im Januar 1918, und erwähnt lediglich ganz allgemein Arbeitsniederlegungen in den Metallbetrieben des Bergischen Landes im Juli 1918, wobei sie sich über eine eventuelle Mitwirkung von Braß ausschweigt (S. 73 f.).

Auf jeden Fall war Braß bei der Vorbereitung des Aufstands in Berlin Ende Oktober, Anfang November 1918 in der Reichshauptstadt anwesend. Vom USPD-(Reichs-)Vorstand in das informelle Beratungsgremium mit den revolutionären Obleuten delegiert, sprach sich Braß am 7. November zusammen mit Hugo Haase und Wilhelm Dittmann gegen den bereits festgelegten Aufstandstermin vom 11. November und für eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit aus. Die Zögerer blieben jedoch in der Minderheit, und der Termin des 11. November wurde vom Revolutionsgremium bestätigt (S. 87 f.). Braß erlebte den 9. November in Berlin, und es ist erstaunlich, dass er seine Berliner Erlebnisse nie schriftlich niedergelegt zu haben scheint.

Seit dem 11. November wieder in Remscheid und im Bezirk Niederrhein tätig, erreichte er es, dass durch seine unermüdliche, überzeugende Agitation und seine organisatorischen Finessen die Arbeiter- und Soldatenräte der Region fast vollständig unter dem Einfluss der linken USPD standen und sich für das Räte-System sowie eine baldige Sozialisierung aussprachen. Bei den Wahlen zum 1. Reichsrätekongress im Dezember 1918 wurden im Bezirk Niederrhein 15 Delegierte der USPD und nur einer der SPD gewählt (S. 101). Auf dem Rätekongress selbst trat Braß als wirkungsvoller Redner auf, der gegenrevolutionäre Machenschaften aufdeckte, mit zur Annahme der „Hamburger Punkte“, die die militärischen Forderungen des Rätekongresses beinhalteten, beitrug, und sich als stellvertretender USPD-Fraktionsvorsitzender für eine konsequente linke Politik seiner Parteigenossen einsetzte. Dafür, dass Braß, so Lorenz, sich nach der Revolution „auf der politischen Linie des Spartakusbundes“ bewegt habe, führt die Autorin allerdings zu wenig dezidierte Gründe auf (S. 97). Die Teilnahme von Braß und anderer linker USPDler wie u. a. Curt Geyer, Fritz Seger (beide Leipzig), Hermann Merkel (Solingen), Peter Berten (Düsseldorf) an einer Vorbesprechung mit dem Spartakusbund zum Reichsrätekongress¹ – von Lorenz offenbar übersehen – bedeutete keine vollständige inhaltliche und taktische Übereinstimmung, wie sich noch mehrfach in den nächsten Monaten zeigen sollte. Vor allem stieß Braß – bei aller inhaltlichen Nähe – der chaotische innerparteiliche Zustand der jungen KPD ab, wie Lorenz hervorhebt (S. 111).

Am 19. Januar 1919 mit einem guten Ergebnis in Wahlkreis Düsseldorf-Ost für die USPD in die Nationalversammlung gewählt, hatte Braß, der auch immer noch Vorsitzender der USPD im Bezirk Niederrhein war, sofort eine schwere Aufgabe beim ersten Ruhrstreik mit bewaffneten Auseinandersetzungen zu bewältigen. Einerseits setzte er sich mit Nachdruck für die Interessen der Arbeiterschaft (Lohnerhöhungen, Sozialisierung) ein. Andererseits versuchte er deeskalierend sowohl in Richtung von Regierung und Freikorpsstruppen als auch auf die bewaffneten Arbeiter einzuwirken (S. 117-120). Lorenz charakterisiert seine Vorgehensweise in diesen politischen Auseinandersetzungen mit den Worten: „Obgleich seine Rhetorik radikal war und er vorhandenen Machtspielraum voll ausnutzte, orientierte er sich am politisch Machbaren.“ (S. 121) Dies zeigte sich auch in den Ruhrkämpfen während des Kapp-Putsches bzw. im Anschluss daran. Hier spielte Braß ebenfalls eine führende,

¹ Siehe: Günther Hortschansky u.a. (Hrsg.): Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, [Ost-]Berlin, Dietz, 1968, S. 246 f.

aktive Rolle. Lorenz behauptet dann zum Schluss des vierten Kapitels („Gegenrevolution“), Braß hätte „aus dieser katastrophalen Niederlage der Arbeiterschaft [...] die wesentliche Lehre“ gezogen, in der sich die „Untauglichkeit demokratischer Strukturen“ erwiesen hätte und eine „Zentralisierung und Koordinierung der Kampfmaßnahmen“ notwendig wäre. Die Führung müsse „in künftigen revolutionären Kämpfen präventiv diktatorische Maßnahmen ergreifen und notfalls auch Gewalt gegenüber der Disziplinlosigkeit der eigenen Genossen“ ausüben. Damit hätte Braß schließlich auch den Terror der Bolschewiki als notwendig angesehen (S. 169). Allerdings bezieht sich Lorenz bei diesen Schlussfolgerungen nicht auf konkrete Äußerungen von Braß, so dass der Leser das Resümee der Autorin nicht eindeutig nachvollziehen kann. Einigermaßen relevante Zitate von Braß (USPD-Reichskonferenz, 1.-3. September 1920) werden erst später gebracht (S. 190).

Beim Anschluss der USPD an die Kommunistische Internationale im Jahre 1920 und dem Vereinigungsprozess der USPD mit der KPD gehörte Braß zu den treibenden Kräften auf dem linken Flügel, wobei er die USPD nicht spalten, sondern so weit wie möglich mehrheitlich mit der KPD zusammenführen wollte. Beim Komintern-Anschluss machte sich Braß reichlich Illusionen über die Handlungsspielräume für die deutsche Partei (S. 189-192). So ist es kein Wunder, dass er schon kurze Zeit nach dem Zusammenschluss mit der KPD zusammen mit Clara Zetkin, Ernst Däumig und Adolph Hoffmann zu den Mitstreitern Paul Levis gegen einen von der Komintern für die VKPD verordneten zentralistischen, aktionistischen bis putschistischen Kurs gehörte. „Otto Braß war zu selbstbewusst und zu individualistisch, um sich einem quasi militärischen Gefolgschaftsverhältnis der Komintern unterzuordnen.“ Nach Lorenz galt für Braß, „dass man die Arbeiterschaft [für Aktionen] argumentativ und emotional gewinnen musste [...]. Die [...] deutschen Arbeiter waren nicht zu kommandieren.“ (S. 202)

Lorenz schildert die Beteiligung von Braß am Prozess der Oppositionsbildung der Anhänger Levis gegen den Parteikurs. Dabei gehörte Braß zu den führenden kritischen Genossen der VKPD, die noch bis Ende 1921 einerseits in Verhandlungen mit Lenin und den russischen Komintern-Vertretern, andererseits innerhalb der Partei – auch durch ihre Arbeit an der Parteibasis – einen für sie akzeptablen Kompromiss über den zukünftigen politischen Kurs erreichen wollten. Doch letztendlich wurde Braß im Dezember 1921 auch noch von seinen letzten Parteifunktionen entbunden und im Januar 1922 aus der VKPD ausgeschlossen. Noch Anfang Januar 1922 hatte er zusammen mit 27 weiteren oppositionellen Kommunisten einen Aufruf an die Parteimitglieder gerichtet, der „eine klare Absage an eine Partei des bolschewistischen Typs für Deutschland und das Bekenntnis zu einer breiten Sammelpartei mit demokratischen Strukturen“ enthielt (S. 229).

Noch als Reichstagsabgeordneter ging Braß anschließend über die von Paul Levi geführte Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) und die rechte USPD zur VSPD und damit wieder zurück zur SPD. Bei den folgenden Reichstagswahlen im Jahre 1924 erhielt er im Bezirk Niederrhein nur den aussichtslosen 5. Platz auf der Liste der SPD-Reichstagskandidaten. Zur Existenzsicherung knüpfte Braß nun an seine früheren Verlagsenerfahrungen in Remscheid an und erwarb 1924 zusammen mit dem ebenfalls nicht wiedergewählten Reichstagsabgeordneten Bernhard Düwell in Berlin die Verlagsbuchhandlung Elias Laub. Hier erschienen viele Werke linkssozialistischer Autoren sowie von 1927 bis 1931 die Zeitschrift der SPD-Linken „Klassenkampf“, die 1928 mit der sogenannten „Levi-Korrespondenz“ („Sozialistische Politik und Wirtschaft“) fusionierte. Von 1931 an erschien dort ebenfalls die „Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft“ unter der Chefredaktion von Arkadij Gurland. Der Verlag hatte sich unter der Leitung von Braß bald „zum publizistischen Zentrum der sozialistischen Parteilinken entwickelt.“ (S. 263) Braß hielt

in dieser Zeit zwar Kontakt zu seinen alten politischen Freunden, war jedoch in den von ihm verlegten Zeitschriften nicht publizistisch tätig. Auch sind keine Beiträge von ihm auf öffentlichen oder parteiinternen Veranstaltungen dieser Zeit überliefert, so dass die von Lorenz vorgenommene Rekonstruktion seiner politischen Auffassungen jener Zeit auf Grund des Verlagsprogramms letztendlich spekulativ bleibt (S. 254).

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde sein Verlag von der SA besetzt, alle Bücher beschlagnahmt und die Firma geschlossen, was, so Braß, seinen „wirtschaftlichen Ruin“ bedeutete (S. 272). Bis 1936 war Braß arbeitslos, dann Rentner, konnte sich jedoch durch eine Vertretertätigkeit für eine Suppenwürfelirma etwas Geld zusätzlich verdienen. Den Hauptteil des Familieneinkommens steuerte seine Lebenspartnerin Bertha Hüther aus ihrer Tätigkeit als Bilanzbuchhalterin bei.

Wie viele andere Linke wurde Braß zunächst 1933 von der SA festgenommen und zwei Tage lang im berüchtigten Konzentrationslager Columbiahaus in Berlin verhört und misshandelt. Diese Torturen musste Braß ein weiteres Mal im November 1934 am selben Ort erleiden, für vier Tage. Dennoch zog er sich nicht aus politischen Aktivitäten zurück, sondern engagierte sich seit 1933 im Widerstand, wobei ihm seine Vertretertätigkeit sowohl die materielle Grundlage für die Reisen als auch eine gute Tarnung bot. Dabei konnte er an seine alten politischen Verbindungen insbesondere zum Niederrhein gut anknüpfen.

Zusammen mit anderen Linkssozialisten wie Hermann Brill und Oskar Debus initiierte Braß die „Deutsche Volksfront“, ein lockeres Netzwerk zum Informationsaustausch unter gleichgesinnten Nazigegegnern, dessen Führung vor allem aus linken Sozialdemokraten bestand und erst ab 1935 eine etwas festere Form annahm. Diese Widerstandsgruppe versuchte, einen Kreis von Linkssozialisten und antifaschistischen Demokraten zu sammeln und zu verbreitern, um im Fall einer Krise der Naziherrschaft „den Sturz Hitlers herbeizuführen“ (S. 398). Angesichts der intensiven Verfolgungen aller antifaschistischen Kräfte durch die Gestapo und der erheblichen Gefährdung aller am aktiven Widerstand Beteiligten lehnte die „Deutsche Volksfront“ eine Massenagitation ab, wie sie von der Sopade (der SPD-Auslandsleitung im Exil, zuerst in Prag, dann in Paris) und der KPD problematisiert und immer wieder versucht wurde. Auch sahen die führenden Vertreter der „Deutschen Volksfront“ eine mangelnde Bereitschaft der Massen für einen schnellen Umsturz. Mit dem Ziel „einer Erneuerung der Arbeiterbewegung“ einigte sich die Führungsgruppe nach monatelangen Beratungen im Dezember 1936 auf ein 10-Punkte-Programm. „Es war vor allem ein eminent sozialdemokratisches Programm, das neben den grundlegenden Forderungen nach Freiheit und Recht einen radikalen wirtschaftlichen Umbau verlangte.“ (S. 398).

Lorenz kann die in der DDR-Historiografie immer wieder aufgestellte Behauptung, KPD-Vertreter hätten an der Ausarbeitung mitgewirkt, widerlegen (S. 289). Doch tatsächlich wurde während der gesamten Zeit des Bestehens der „Deutschen Volksfront“ eine Zusammenarbeit mit der KPD praktiziert, die hauptsächlich über Braß lief. Bei Versuchen der KPD-Führung, Braß für die Realisierung einer Einheitsfront mit dem Sopade-Vorstand in Prag einzuspannen, verhielt dieser sich sehr zögerlich, nicht zuletzt aus konspirativen Gründen. Die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen hielt er so gut ein, dass er nach dem Auffliegen der Widerstandsgruppe und seiner Verhaftung 1938 das von ihm geknüpft Personennetz am Niederrhein vor einer Aufdeckung durch die Gestapo bewahren konnte. 1939 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, kam er als 64jähriger in die teilweise mit Widerstandskämpfern belegte Strafanstalt Magdeburg-Görden, in der andere später prominente Sozialisten wie Robert

Havemann und Erich Honecker ihre Haft verbüßten. Alle „Politischen“, auch Braß, hatten jederzeit mit einer willkürlichen Erschießung zu rechnen.

Die Abschnitte über Braßs Widerstandsarbeit und Zuchthauszeit sind von der Autorin am eindrucksvollsten gestaltet. Man merkt Lorenz die Sympathie für das Handeln und das Schicksal des von ihr portraitierten Politikers an, ohne dass daraus eine Heroisierung wird. Dabei ist anzumerken, dass die Autorin in wohlthuender Weise bereits in den vorangegangenen Kapiteln weitgehend eine professionelle, neutrale Haltung einhält.

Nach Kriegsschluss und der Befreiung aus dem Zuchthaus engagierte sich der fast 70jährige, von schwerer Haft gezeichnete Otto Braß in Berlin bei der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft und einer gemeinsamen Partei aus SPD und KPD. Braß übernahm den Vorsitz des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Groß-Berlin, war danach für die Pressearbeit in der neuen Gewerkschaft, dem FDGB, zuständig. Er arbeitete im Vorstand der Versicherungsanstalt Berlin mit und setzte sich uneingeschränkt – trotz starker Zweifel aus den Reihen der SPD – auf den Sitzungen der sogenannten „Sechziger-Konferenz“ (Mitglieder des ZK der KPD, des SPD-Zentralausschusses, der Bezirks- und Landesverbände beider Parteien) mit Nachdruck für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein. Weiterhin beteiligte sich Braß mit großer Energie als 2. Vorsitzender des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ an der Betreuung und Wiedereingliederung der aus den Lagern und Zuchthäusern kommenden Nazigegner und rassistisch Verfolgten.

Die Autorin setzt sich dabei mit der vorbehaltlosen Unterstützung der KPD-Positionen durch Braß auseinander. Wie kommt es, dass der 1921/22 noch Komintern-kritische Braß in den Jahren 1945 bis 1947 – nach Übertritt zur KPD in den ersten Nachkriegswochen - die Versuche der Kommunisten, in der neuen Einheitsgewerkschaft und in der Einheitspartei die bestimmende Position einzunehmen, kritiklos hinnimmt? Lorenz zitiert die Vermutung seines politischen Freundes aus der Zeit der Laubschen Verlagsanstalt, Arkadij Gurland, er hätte sich den Wünschen der KPD angepasst, um seinen im sowjetischen Gulag inhaftierten Sohn wieder frei zu bekommen.

Otto Braß junior war im Ersten Weltkrieg in der Arbeiterjugend aktiv gewesen und wurde deshalb strafweise an die Front geschickt. Ab 1919 in der Kommunistischen Jugend, war er 1920 bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches durch den Generalstreik und danach an den Ruhrkämpfen beteiligt, siedelte anschließend nach Jugoslawien über. 1932 ging er als Elektrofacharbeiter und einfaches KPD-Mitglied auf Anraten von Hermann Remmele zusammen mit seiner Frau und den Kindern in die Sowjetunion, dort wurde er 1938 ein Opfer des Stalinschen Terrors und zunächst verurteilt zu 10 Jahren Lagerhaft, die sich durch weitere Urteile auf 17 Jahre verlängerten. Diese Zeit musste Braß junior unter den unmenschlichen Bedingungen verschiedener Arbeitslager verbringen, zunächst im mittelsibirischen Kansk, später in Rešëty, noch 150 km östlich von Kansk, sowie in Solikamsk und Kujbyšev (Uralgebiet) und zum Schluss in Vorkuta. Seine Frau konnte zunächst noch einige Zeit die Verbindung mit ihrem Mann aufrechterhalten, bis diese zunächst abbrach. Erst kurz vor Kriegsende traf überraschend wieder ein Brief des internierten Familienvaters ein. Anhand der Aussagen der Familienangehörigen gegenüber der Biografin und mithilfe der russischen Akten kann Lorenz relativ detailliert und sehr anschaulich den Verlauf der Strafverfahren und Braßs dabei gezeigten mutigen, teilweise sogar erfolgreichen Widerstand sowie die vielen vergeblichen Hilfsersuchen der Ehefrau bei den deutschen und russischen Kommunistenführern (S. 312-316, S. 333-336) schildern, genauso wie den Überlebenskampf der von den Behörden durch Sibirien geschickten, auf sich allein gestellten Ehefrau mit ihren drei Kindern (S. 337 f.). Dabei vergisst die Autorin nicht zu erwähnen, dass

es den anderen russischen Staatsbürgern kaum besser ging. Eine komplette formaljuristische Rehabilitierung von Braß junior erfolgte erst im März 1955. Doch wie für viele andere zu Unrecht Verurteilte war für ihn niemals die KPdSU, der er bis zur Verurteilung angehört hatte, sondern wie auch immer beschaffene „Organe“ an den willkürlichen Urteilen schuld (S. 312, 393). Nach seiner Entlassung aus dem GULAG nahm Braß die Möglichkeit zur Rückkehr nach Deutschland nicht wahr, lebte und arbeitete weiterhin in der Sowjetunion, erreichte dank seiner hartnäckigen Bemühungen die Wiederaufnahme in die KPdSU und verstarb im September 1972 in Fergana im heutigen Usbekistan (S. 392 f.).

Braß senior hatte seit Ende 1946 seine in Russland lebenden Familienangehörigen über seine politischen Aktivitäten informiert. Nachdem seine Schwiegertochter auf ihre eindringlichen Bitten hin, ihrem Mann zu helfen, keine Antwort erhalten hatte, nahm ihre in Dresden lebende Schwester direkten Kontakt mit Braß senior auf. Doch bei ihrem Besuch in Berlin musste er unter Tränen zugeben, dass er keine Möglichkeit zur Hilfestellung besaß – eine tragische Szene, die für sich spricht.

Unabhängig von dieser möglicherweise schon frühzeitig gegebenen Motivation, Hilfe für seinen Sohn zu erhalten, hatte Braß genug Gründe, um den von der KPD angestrebten Einheitskurs auf jeden Fall zu unterstützen, wie Lorenz herausarbeitet: die aus der gemeinsamen Erfahrung der Weimarer Republik und der NS-Herrschaft resultierende „Einheitssehnsucht“ (S. 349) nach einer organisatorisch und ideell wieder vereinigten Arbeiterbewegung, die er mit vielen anderen Linksozialisten teilte und die er und seine Leidensgenossen in der gemeinsame Erklärung der befreiten politischen Häftlinge von Brandenburg-Görden (S. 330) – ähnlich wie im „Buchenwalder Manifest für Frieden, Freiheit und Sozialismus“ – beschworen hatte.

Erstaunlich ist, wie der von schwerer Haft gezeichnete 70jährige Braß in den ersten beiden Nachkriegsjahren noch solche verantwortungsvolle, anstrengende politische Tätigkeiten ausüben konnte. „Aber es wurde ab 1947 still um Otto Braß.“ (S. 384). Formal übte er zwar noch einige Funktionen aus, war jedoch gesundheitlich angeschlagen und starb am 13. November 1950 an den Folgen eines Schlaganfalls.

Mit dieser facettenreichen Biografie von außerordentlicher Informationsdichte erfährt das Leben und Wirken eines auf unterschiedlichen organisatorischen Ebenen agierenden und dabei immer bodenständig bleibenden Protagonisten der Arbeiterbewegung seine verdiente historiografische Würdigung.